

nahmeregelungen aller Art – einschließlich der wegen Zahlungsbilanzschwierigkeiten verhängten Maßnahmen – zustimmen und sich in sinnvoller Weise an Vereinbarungen über die neuen Bereiche beteiligen. Das Endergebnis sollte ein einheitliches Paket multilateraler Regeln für alle GATT-Vertragsparteien sein, wenn auch einige Entwicklungsländer, insbesondere die am wenigsten entwickelten, im Einzelfall möglicherweise längere Übergangsfristen oder andere Übergangsregelungen benötigen.

29.

Das breite Spektrum substantieller Regelungen, die wir in allen diesen Bereichen anstreben, erfordert eine Verpflichtung zur weiteren Stärkung des institutionellen Rahmens des Welthandelssystems. In diesem Zusammenhang sollte bei Abschluß der Uruguay-Runde der Plan einer internationalen Handelsorganisation aufgegriffen werden. Wir müssen ferner das Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten verbessern, um die Ergebnisse der Verhandlungen wirksam umsetzen zu können. Dies sollte zu der Verpflichtung führen, nur im Rahmen der multilateralen Regeln zu handeln.

Direktinvestitionen

30.

Der ungehinderte Strom von Investitionen erhöht den Wohlstand in der Welt, indem er das offene Welthandelssystem ergänzt. Insbesondere können ausländische Direktinvestitionen zur Umstrukturierung der Wirtschaft in Entwicklungsländern sowie in mittel- und osteuropäischen Ländern zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Hebung des Lebensstandards beitragen.

31.

Alle Länder sollten daher versuchen, ihre Schranken gegen Investitionen abzubauen und protektionistischem Druck zu widerstehen, der diesen Investitionen entgegenwirkt oder sie diskriminiert. Die OECD und GATT sollten auch weiterhin die Liberalisierung von Investitionen fördern. Die multilateralen Entwicklungsbanken und der IWF sollten die Liberalisierung in ihren Programmen in Mittel- und Osteuropa und in den Entwicklungsländern verlangen.

Exportkredite

32.

Wir begrüßen die wichtigen Verhandlungen, die zur Zeit in der OECD über ein ausgewogenes Maßnahmenpaket zur Stärkung der multilateralen Disziplinen in bezug auf Subventionen für Exportkredite, die den Handel und die Hilfsmaßnahmen verzerren, geführt werden. Dieses bis Frühjahr 1991 fertigzustellende Paket sollte durch verbesserte Disziplin und Transparenz Verzerrungen, die sich aus der Verwendung öffentlich unterstützter Handels- und Hilfskredite ergeben, deutlich verringern. Es ist auch wichtig zu vermeiden, daß Handelsverzerrungen in die Kapitalbewegungen zugunsten der Staaten Mittel- und Osteuropas einfließen.

Die Reformen in Mittel- und Osteuropa

33.

Wir begrüßen die politischen und wirtschaftlichen Reformen, die sich in Mittel- und Osteuropa vollziehen. Auf der jüngsten Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Bonn und mit der Vereinbarung zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung haben die Teilnehmerstaaten aus dieser Region die grundlegenden Prinzipien der Marktwirtschaft akzeptiert. Aber der Grad der

Verwirklichung der wirtschaftlichen Reformen variiert stark von Land zu Land. Verschiedene Länder haben mutige und schwierige Maßnahmen zur Stabilisierung ihrer Wirtschaft und zur Beschleunigung des Übergangs zur Marktwirtschaft ergriffen.

34.

Wir und andere Länder sollten die mittel- und osteuropäischen Länder unterstützen, die sich wirtschaftlichen und politischen Reformen verschrieben haben. Die Hilfe leistenden Länder sollten diejenigen Länder begünstigen, die diese Reformen durchführen.

35.

Ausländische Privatinvestitionen werden für die Entwicklung Mittel- und Osteuropas ausschlaggebend sein. Das Kapital wird in die Länder mit offenen Märkten und günstigem Investitionsklima fließen. Ein verbesserter Marktzugang für ihre Exporte wird für diese mittel- und osteuropäischen Länder, die ihre Wirtschaft öffnen, ebenfalls wichtig sein. Die westlichen Regierungen können diesen Prozeß auf verschiedene Weise unterstützen, u. a. auch durch Handels- und Investitionsvereinbarungen. Der jüngste Beschluß des Koordinationsausschusses für ost-westliche Handelspolitik (COCOM) zu Lockerung der Exportkontrollen ist ein positiver Schritt.

36.

Wir begrüßen die Arbeit der Europäischen Kommission betreffend die Koordinierung der Hilfe für Polen und Ungarn durch die Gruppe der 24 (G-24), die auf dem Pariser Gipfel beschlossen wurde. Diese Hilfe ist ein bedeutender Beitrag zu den Bemühungen dieser Länder, die Grundlagen für ein sich selbsttragendes Wachstum auf der Basis marktwirtschaftlicher Prinzipien zu schaffen. Wir begrüßen die Entscheidung der G-24, die Koordinierung der Hilfe auf andere im Entstehen befindliche Demokratien in Mittel- und Osteuropa einschließlich Jugoslawien auszudehnen.

37.

Wir erkennen an, daß diese Länder größeren Problemen bei der Beseitigung der Umweltverschmutzung gegenüberstehen. Es ist wichtig, die mittel- und osteuropäischen Länder dabei zu unterstützen, die erforderlichen Politiken zu entwickeln und die Infrastruktur zu schaffen, damit sie diese Umweltprobleme in den Griff bekommen.

38.

Wir begrüßen ferner die jüngsten Initiativen zur regionalen Zusammenarbeit, z. B. beim Verkehr und dem Umweltschutz, die einen positiven Beitrag zu wirtschaftlichem Fortschritt und Wohlstand in der Region leisten werden.

39.

Wir gehen davon aus, daß die neue Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung eine Schlüsselrolle bei der Förderung der Investitionen in jenen Ländern spielen und zum geordneten Übergang zur Marktwirtschaft und einer tragfähigen Grundlage für die Demokratie beitragen wird. Wir dringen deshalb darauf, daß diese neue Bank bald ihre Arbeit aufnimmt.

40.

Das bei der OECD eingerichtete Zentrum für die Zusammenarbeit mit Europäischen Volkswirtschaften im Übergang wird die Reformen fördern und für engere Beziehungen zwischen diesen Ländern und der OECD sorgen; das gleiche gilt für die Aufarbeitung der Ergebnisse der KSZE-Wirtschaftskonferenz in Bonn durch die OECD.

41.

Wir fordern die OECD auf, engere Beziehungen zu denjenigen mittel- und osteuropäischen Staaten ins Auge zu fassen, die

sich zu politischen und wirtschaftlichen Reformen verpflichtet haben.

Die Sowjetunion

42.

Wir erörtern die Lage in der Sowjetunion und führten einen Meinungsaustausch über die Botschaft, die uns der sowjetische Präsident Gorbatschow vor einigen Tagen betreffend seine wirtschaftlichen Pläne gesandt hat. Wir begrüßen die Bemühungen, die die Sowjetunion derzeit unternimmt, um eine Liberalisierung durchzuführen und eine offenere, demokratische und pluralistische sowjetische Gesellschaft zu schaffen sowie Schritte in Richtung auf eine marktorientierte Wirtschaft zu unternehmen. Diese Maßnahmen verdienen unsere Unterstützung. Der Erfolg der Perestroika hängt von der entschlossenen Durchsetzung und Entwicklung dieser Reformbemühungen ab. Wir begrüßen insbesondere Präsident Gorbatschows Vorschlag, einen fortgesetzten Dialog über wirtschaftliche Fragen zu führen.

43.

Wir alle haben einzeln und gemeinsam begonnen, diese Reformbemühungen zu unterstützen. Wir alle sind der Auffassung, daß technische Unterstützung gewährt werden sollte, um der Sowjetunion zu helfen, Schritte in Richtung auf eine marktorientierte Wirtschaft zu unternehmen und ihre eigenen Mittel zu mobilisieren. Einige Staaten sind bereits jetzt in der Lage, weitreichende finanzielle Kredite zu gewähren.

44.

Wir waren uns auch darin einig, daß alle weiteren sowjetischen Beschlüsse, radikalere Schritte in Richtung auf eine marktorientierte Wirtschaft einzuleiten, in erheblichem Maße Mittel aus dem militärischen in andere Bereiche umzuschichten und die Unterstützung für Staaten zu kürzen, die regionale Konflikte fördern, die Aussichten auf bedeutsame und fortgesetzte westliche Wirtschaftshilfe verbessern werden.

45.

Wir nehmen den Beschluß des Europäischen Rates von Dublin vom 26. Juni zur Kenntnis. Wir kamen überein, den IWF, die Weltbank, die OECD und den designierten Präsidenten der EBRD zu ersuchen, in enger Abstimmung mit der Kommission der Europäischen Gemeinschaften eine eingehende Studie über die sowjetische Wirtschaft zu erarbeiten, Empfehlungen für ihre Reform abzugeben und die Kriterien festzulegen, nach denen wirtschaftliche Hilfe des Westens diese Reformen wirksam unterstützen könnte. Diese Arbeit sollte bis zum Jahresende abgeschlossen und vom IWF in die Wege geleitet werden.

46.

Wir haben zur Kenntnis genommen, daß es für die japanische Regierung wichtig ist, zu einer friedlichen Lösung ihres Streites mit der Sowjetunion über die nördlichen Territorien zu gelangen.

47.

Die gastgebende Regierung wird der Sowjetunion die Ergebnisse des Gipfeltreffens von Houston übermitteln.

Die Entwicklungsländer

48.

Wir bekräftigen erneut, daß unsere Verpflichtung gegenüber der Dritten Welt durch die Unterstützung der Reformländer in Mittel- und Osteuropa keine Schwächung erfahren wird. Die ärmsten unter den Entwicklungsländern müssen weiterhin im Brenn-

punkt unserer Aufmerksamkeit stehen. Die im Dezember vergangenen Jahres bewilligte Aufstockung der Mittel der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) um 11,6 Mrd. Sonderziehungsrechte wird die benötigten Ressourcen für diese Länder verfügbar machen und verdeutlicht die Einbeziehung ökologischer Anliegen in die Gewährung von Entwicklungskrediten. Wir beabsichtigen, einen konstruktiven Beitrag zur Pariser Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder im September zu leisten.

49.

Die hochentwickelten Industriestaaten können eine Reihe von wichtigen Beiträgen zur langfristigen Entwicklung der Entwicklungsländer leisten. Durch Aufrechterhaltung des Wirtschaftswachstums und der Preisstabilität können wir den Entwicklungsländern stabile, wachsende Märkte und Kapitalquellen bieten. Durch Bereitstellung finanzieller und technischer Unterstützung für Entwicklungsländer, die echte politische und wirtschaftliche Reformen durchführen, können wir deren weitere Liberalisierung stärken. Die Industriestaaten sollten sich auch weiterhin bemühen, ihre Entwicklungshilfe und andere Formen der Hilfe für die Entwicklungsländer auszuweiten; dies beinhaltet auch die Verbesserung der Wirksamkeit dieser Hilfe.

50.

Die Dritte Welt macht sich in zunehmendem Maße die Auffassung zu eigen, daß Wachstum durch einen stabilen makroökonomischen Rahmen, sektorale Reformen zur Schaffung von mehr Wettbewerb und eine Öffnung der Märkte gefördert werden kann. Offene, demokratische und rechenschaftspflichtige politische Systeme sind wichtig für das ausgewogene Funktionieren marktorientierter Volkswirtschaften.

51.

Wichtige Beiträge zu einem günstigen Investitionsklima können durch den Schutz geistigen Eigentums und durch Liberalisierung der Investitionsregelungen einschließlich transparenter und gerechter Investitionsbestimmungen und Gleichbehandlung ausländischer und heimischer Investoren geleistet werden.

52.

Die jüngste vom amerikanischen Präsidenten angekündigte Initiative „Enterprise for the Americas“ wird eine stärker marktorientierte Politik in Lateinamerika und der Karibik unterstützen und fördern. Wir glauben, daß derartige Bemühungen der Vereinigten Staaten für die Region sehr vielversprechend sind und zu besseren Aussichten auf ein dauerhaftes Wachstum in den Staaten Amerikas durch Förderung des Handels, offene Investitionsregelungen, den Abbau US-amerikanischer bilateraler, zu weichen Bedingungen gewährter Kredite und den Einsatz von Schuldenswaps (debt/equity) und „Debt-for-nature swaps“ beitragen werden.

53.

In einer Reihe von Ländern setzt eine dauerhafte Entwicklung voraus, daß zwischen Bevölkerungswachstum und der Ausweitung der Ressourcen ein vernünftiges Gleichgewicht besteht. Die Unterstützung der Bemühungen der Entwicklungsländer um die Wahrung dieses Gleichgewichts ist von vorrangiger Bedeutung. Verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen und deren verstärkte Integration in die Wirtschaft können wichtige Beiträge für Programme zur Stabilisierung der Bevölkerungszahl leisten.

54.

Im Mittelmeerraum verdienen die in die Wege geleiteten Initiativen zur wirtschaftlichen Integration Ermutigung und Unterstützung.

Verschuldung der Dritten Welt

55.

Beträchtliche Fortschritte sind im letzten Jahr im Rahmen der verstärkten Schuldenstrategie erzielt worden, die die Entschlossenheit einiger Schuldnerländer, die für künftiges Wachstum wesentlichen Wirtschaftsreformen fortzusetzen, neu belebt hat. Insbesondere die jüngsten Geschäftsbankenvereinbarungen mit Chile, Costa Rica, Mexiko, Marokko, den Philippinen und Venezuela sind mit erheblichen Schulden- und Schuldendienstreduzierungen verbunden. Beträchtliche finanzielle Unterstützung zur Schulden- und Schuldendienstreduzierung wird vom IWF und der Weltbank sowie von Japan geleistet. Der Pariser Club hat sich bereit erklärt, zur Unterstützung der mittelfristigen, vom IWF geförderten Reform- und Finanzierungsprogramme adäquate Umstrukturierungsvereinbarungen, insbesondere in Form mehrjähriger Umschuldungsvereinbarungen und verlängerter Tilgungszeiträume, anzubieten. Die Reformbemühungen der Schuldnerländer in Verbindung mit der Reduzierung der Schulden bei den Geschäftsbanken hatten spürbare Auswirkungen auf das Vertrauen in die Volkswirtschaften der Schuldnerländer, wie insbesondere im Falle von Mexiko der Zufluß von Neuinvestitionen und die Rückkehr von Fluchtkapital eindeutig beweisen.

56.

Diese Maßnahmen stellen wichtige Innovationen in der einzelfallbezogenen Schuldenstrategie dar und stehen potentiell all jenen Schuldnerländern mit schwerwiegenden Schuldendienstproblemen zur Verfügung, die eine Politik der wirtschaftlichen Anpassung betreiben.

57.

Die Annahme überzeugender und mit dem IWF und der Weltbank ausgehandelter Wirtschaftsreformprogramme durch die Schuldnerstaaten bildet nach wie vor den Kern der Schuldenstrategie und ist eine Voraussetzung für den Schulden- und Schuldendienstabbau im Rahmen der Finanzierungspakete der Geschäftsbanken. Es ist von entscheidender Bedeutung, daß die Schuldnerländer zur Unterstützung ihrer wirtschaftlichen Erholung Maßnahmen treffen, die die Spartätigkeit mobilisieren und neue Investitionsströme und die Rückführung von Fluchtkapital fördern. In diesem Zusammenhang muß die jüngste Initiative der Vereinigten Staaten „Enterprise for the Americas“ zur Förderung von Investitionsreformen und des Umweltschutzes in Lateinamerika von den Finanzministern sorgfältig geprüft werden.

58.

Im Fall von Ländern, die mutige Reformen durchführen, sollten die Geschäftsbanken bei ihren Verhandlungen über den raschen Abschluß von Vereinbarungen über Finanzpakete einschließlich Schuldenabbau, Schuldendienst erleichterung und neuen Geldes eine realistische und konstruktive Haltung einnehmen.

59.

Die Gläubigerstaaten werden weiterhin durch laufende Beiträge an die internationalen Finanzinstitutionen, die Umschuldung öffentlicher Kredite im Pariser Club und Neufinanzierungen eine wichtige Rolle in diesem Prozeß spielen. Wir regen an, daß der Pariser Club weiterhin zusätzliche Optionen zur Lösung des Problems der Schuldenlast prüft. Bei den Ländern mit niedrigerem mittlerem Einkommen, die überzeugende Reformprogramme durchführen, ermutigen wir den Pariser Club, die Tilgungszeiträume unter Berücksichtigung der besonderen Situation dieser Länder zu verlängern. Wir begrüßen die von Frankreich hinsichtlich der Staaten südlich der Sahara und von Kanada hinsichtlich der Karibik getroffenen Entscheidungen zur

Erleichterung der Schuldenlast der Länder mit niedrigerem mittlerem Einkommen.

60.

Die Gläubigerstaaten haben ferner mit der Anwendung der Bedingungen von Toronto bei den Umschuldungsvereinbarungen des Pariser Clubs spezielle Hilfsmaßnahmen für die ärmsten Länder getroffen. Wir alle haben Schulden aus der staatlichen Entwicklungshilfe (ODA) für die ärmsten Länder gestrichen. Wir setzen uns dafür ein, daß der Pariser Club die Anwendung der bestehenden Optionen, die für die ärmsten Länder gelten, überprüft.

61.

Wir haben den vom Generalsekretär der Vereinten Nationen in Auftrag gegebenen Craxi-Bericht über das Schuldenproblem zur Kenntnis genommen und werden ihn mit Interesse prüfen.

Die Umwelt

62.

Eine unserer wichtigsten Pflichten besteht darin, künftigen Generationen eine Umwelt zu hinterlassen, deren Gesundheit, Schönheit und wirtschaftliches Potential nicht bedroht sind. Umweltprobleme wie Klimaveränderungen, Abbau der Ozonschicht, Abholzen der Wälder, Meeresverschmutzung und Verlust der Artenvielfalt erfordern eine engere und wirksamere internationale Zusammenarbeit und tatkräftiges Handeln. Wir als Industrieländer haben die Pflicht, eine führende Rolle bei der Bewältigung dieser Probleme zu übernehmen. Es besteht Einvernehmen darüber, daß angesichts drohender irreversibler Umweltschäden das Fehlen letzter wissenschaftlicher Gewißheit nicht als Vorwand dienen darf. Maßnahmen hinauszuschieben, die in sich selbst gerechtfertigt sind. Wir erkennen an, daß starke, wachsende Marktwirtschaften der beste Garant für einen erfolgreichen Umweltschutz sind.

63.

Die Klimaveränderung ist von zentraler Bedeutung. Wir sind dazu verpflichtet, gemeinsame Anstrengungen zur Begrenzung der Emissionen von Treibhausgasen wie beispielsweise Kohlendioxyd zu unternehmen. Wir unterstützen mit Nachdruck die Arbeit des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) und sehen seinem im August erscheinenden vollständigen Bericht mit Erwartung entgegen. Die Zweite Weltklimakonferenz bietet allen Ländern Gelegenheit, die Verabschiedung von Strategien und Maßnahmen zur Begrenzung oder Stabilisierung der Treibhausgasemissionen zu prüfen und eine wirksame internationale Reaktion darauf zu diskutieren. Wir bekräftigen unsere bisherige Unterstützung für die Aushandlung eines Rahmenübereinkommens über die Klimaveränderung unter der Ägide des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) und der Weltorganisation für Meteorologie (WMO). Das Übereinkommen sollte bis 1992 fertiggestellt sein. Geeignete Durchführungsprotokolle sollten so rasch wie möglich ausgearbeitet werden und sich mit allen Fragen von der Entstehung bis zur Entsorgung befassen.

64.

Wir begrüßen die Änderung zum Montrealer Protokoll, wonach die Verwendung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) bis zum Jahre 2000 stufenweise abgebaut und der Geltungsbereich des Protokolls auf andere die Ozonschicht zerstörende Substanzen ausgedehnt werden soll. Die Einrichtung eines finanziellen Mechanismus, durch den die Entwicklungsländer bei der Bewältigung des Problems des Abbaus der Ozonschicht unterstützt werden, stellt einen neuen positiven Schritt in der Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern dar. Wir begrüßen die in London erfolgte Ankündigung einiger

bedeutender Entwicklungsländer, darunter Indien und China, daß sie ihre Position betreffend den Beitritt zum Montrealer Protokoll und seinen Änderungen überprüfen wollen. Wir würdigen ihren Beitritt als entscheidende Stärkung der Wirksamkeit des Protokolls begrüßen; dies würde letztlich zu einem weltweiten stufenweisen Abbau der die Ozonschicht zerstörenden Substanzen führen. Wir fordern alle Parteien mit Nachdruck auf, das geänderte Protokoll so rasch wie möglich zu ratifizieren.

65.

Wir räumen ein, daß hinsichtlich der wissenschaftlichen Erforschung und der Folgen der Klimaveränderung sowie der wirtschaftlichen Auswirkungen möglicher Bekämpfungsstrategien ein verstärktes Maß an Zusammenarbeit notwendig sein wird. Wir wissen, daß in den kommenden Jahrzehnten der Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Technologien und Methoden zur Verbesserung des sparsamen Umgangs mit Energie sowie anderer Maßnahmen zur Begrenzung der Emissionen von Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen große Bedeutung zukommt. Wir unterstützen eine beschleunigte wissenschaftliche und ökonomische Erforschung und Analyse der Dynamik und der potentiellen Auswirkungen der Klimaveränderung sowie der möglichen Reaktionen der Industrie- und Entwicklungsländer.

66.

Wir sind entschlossen, Maßnahmen zu ergreifen, um den Waldbestand zu vergrößern und dabei die bestehenden Wälder zu schützen, wobei wir die souveränen Rechte aller Länder anerkennen, ihre natürlichen Ressourcen zu nutzen. Die Zerstörung der Tropenwälder hat alarmierende Ausmaße angenommen. Wir begrüßen die Bereitschaft der neuen brasilianischen Regierung, dazu beizutragen, diese Zerstörung aufzuhalten, und eine ökologisch vertretbare Forstwirtschaft zu betreiben. Wir unterstützen diesen Prozeß aktiv, und wir sind zu einem neuen Dialog mit den Entwicklungsländern über Mittel und Wege zur Unterstützung ihrer Bemühungen bereit. Wir sind bereit, mit der brasilianischen Regierung an einem umfassenden Pilotprogramm zusammenzuarbeiten, um der Bedrohung der tropischen Regenwälder in diesem Land entgegenzuwirken. Wir ersuchen die Weltbank, in enger Zusammenarbeit mit der Kommission der Europäischen Gemeinschaften einen derartigen Vorschlag zu erarbeiten, der spätestens auf dem nächsten Wirtschaftsgipfel vorgelegt werden sollte. Wir appellieren an die anderen betroffenen Staaten, an dieser Aufgabe mitzuwirken. Die bei diesem Pilotprogramm gewonnenen Erfahrungen sollten anderen Ländern, die mit dem Problem der Zerstörung tropischer Wälder konfrontiert sind, unverzüglich zur Verfügung gestellt werden. Der Tropenwaldaktionsplan muß reformiert und gestärkt werden und die Erhaltung des Waldes sowie den Schutz der Artenvielfalt stärker berücksichtigen. Der Aktionsplan ist dahingehend zu erweitern, daß besonderer Wert auf eine ökologisch vertretbare Forstwirtschaft gelegt wird und die Marktbedingungen verbessert werden.

67.

Wir sind bereit, in den geeigneten Gremien so bald wie möglich Verhandlungen über ein globales Übereinkommen oder eine globale Vereinbarung zum Schutz der Wälder aufzunehmen, das/die notwendig ist, um die Zerstörung der Wälder aufzuhalten, die Artenvielfalt zu schützen, positive Maßnahmen zur Erhaltung der Wälder anzuregen und der Bedrohung des globalen Waldbestandes entgegenzuwirken. Das Übereinkommen oder die Vereinbarung sollte so bald wie möglich, spätestens aber 1992 fertiggestellt sein. Die Arbeit des IPCC und anderer sollte dabei berücksichtigt werden.

68.

Die Zerstörung ökologisch empfindlicher Gebiete auf der ganzen Welt schreitet erschreckend rasch voran. Symptomatisch

für diesen Prozeß sind die Zerstörung von Wäldern in Tropengebieten und gemäßigten Klimazonen, der Druck der Entwicklung auf Flußmündungen, Feuchtgebiete und Korallenriffe sowie die Zerstörung der Artenvielfalt. Zur Umkehrung dieses Prozesses werden wir enger zusammenarbeiten, um Maßnahmen gegen die Wüstenbildung zu ergreifen, werden wir die Projekte ausweiten, die der Erhaltung der Artenvielfalt sowie dem Schutz der Antarktis dienen, und die Entwicklungsländer bei ihren Bemühungen um den Umweltschutz unterstützen. Wir werden im Rahmen des UNEP und anderer Gremien zusammenarbeiten, um diese Ziele zu erreichen, und werden uns aktiv an den Bemühungen des UNEP um den Schutz der Artenvielfalt beteiligen.

69.

Bemühungen zum Schutz der Umwelt dürfen nicht am Meeresufer haltmachen. Ernste Probleme entstehen durch Meeresverschmutzungen sowohl auf hoher See als auch in Küstengewässern. Es sollte eine umfassende Strategie zur Bekämpfung der vom Festland ausgehenden Meeresverschmutzung erarbeitet werden; wir verpflichten uns zur Unterstützung dieser Maßnahmen. Wir bemühen uns weiterhin, das Auslaufen von Öl zu vermeiden, drängen auf ein baldiges Inkrafttreten des bestehenden Übereinkommens der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) und begrüßen die Arbeiten der IMO an einem internationalen Übereinkommen gegen Ölverschmutzungen. Wir sind über die Auswirkungen der Umweltzerstörung sowie unkontrollierter Fischfangmethoden auf die lebenden Meeresschätze besorgt. Wir unterstützen die Zusammenarbeit bei der Erhaltung der lebenden Meeresschätze und sind uns der Bedeutung bewußt, die der Stärkung der regionalen Fischereiorganisationen zukommt. Wir rufen alle betroffenen Länder auf, die bereits verabschiedeten Umwelterhaltungsmaßnahmen zu beachten.

70.

Vorrang hat die Verbesserung der Energienutzung sowie die Entwicklung alternativer Energiequellen, um energiebezogenen Umweltschäden Einhalt zu gebieten. Für Länder, die eine solche Wahl treffen, wird die Kernenergie auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung leisten und kann bei der Reduzierung der zunehmenden Emissionen von Treibhausgasen eine bedeutende Rolle spielen. Um Gesundheit und Umwelt zu schützen und den höchsten Sicherheitsstandard zu gewährleisten, sollten die Länder weiterhin bemüht sein, weltweit die höchsten Betriebsnormen bei der Kernenergie sowie bei anderen Energiearten sicherzustellen.

71.

Die Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern ist von ausschlaggebender Bedeutung für die Lösung der globalen Umweltprobleme. Die für 1992 vorgesehene Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung bietet eine wichtige Gelegenheit, um weitgehendes Einvernehmen über gemeinsame Aktivitäten herzustellen sowie abgestimmte Pläne auszuarbeiten. Wir nehmen die Beschlüsse des Forums über internationales Umweltrecht in Siena mit Interesse zur Kenntnis und regen an, daß diese von der für 1992 vorgesehenen Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung geprüft werden.

72.

Wir sind uns bewußt, daß verstärkte finanzielle und technische Hilfe zur Bewältigung von Umweltproblemen, die durch Armut und Unterentwicklung noch verschärft werden, den Entwicklungsländern nutzen wird. Multilaterale Entwicklungsbankprogramme sollten verstärkt werden, um den Umweltschutz zu verbessern, darunter auch Pläne zur Begutachtung ökologischer Folgen und Aktionspläne, und eine effizientere Energieausnutzung zu fördern. Wir wissen, daß Schuldenerlasse als

Gegenleistung für Umweltschutz („debt-for-nature swaps“) eine nützliche Rolle für den Schutz der Umwelt spielen können. Wir werden prüfen, wie die Weltbank eine koordinierende Funktion bei Maßnahmen zur Förderung des Umweltschutzes übernehmen kann.

73.

Die Entscheidungsträger in Regierungen und in der Wirtschaft müssen über das notwendige Instrumentarium verfügen, um wirtschafts- und umweltpolitische Ziele miteinander in Einklang zu bringen. Eine erweiterte, kooperative wissenschaftliche und ökonomische Forschung und Analyse bezüglich der Umwelt sind erforderlich. Wir erkennen an, daß es wichtig ist, die gesammelten Satellitendaten über die Erde und die Erdatmosphäre zu koordinieren und mit anderen Ländern auszutauschen. Wir begrüßen und befürworten die gegenwärtigen Diskussionen über die Schaffung eines internationalen Verteilernetzes. Es ist auch wichtig, den privaten Sektor einzuschalten, der eine Schlüsselrolle bei der Ausarbeitung von Lösungen für die Umweltprobleme spielt. Wir fordern die OECD auf, ihre sehr nützliche Arbeit über Umwelt und Wirtschaft zu beschleunigen. Von besonderer Bedeutung ist die rasche Entwicklung von Umweltindikatoren sowie die Gestaltung von marktorientierten Ansätzen, um umweltpolitische Ziele zu erreichen. Wir begrüßen ebenfalls das Angebot Kanadas, 1991 eine internationale Konferenz über Umweltinformationen im 21. Jahrhundert auszurichten. Wir unterstützen die umweltbewußte Kennzeichnung von Waren auf freiwilliger Basis als nützliches Marktinstrument, das sowohl die Nachfrage der Verbraucher als auch die Erfordernisse der Produzenten befriedigt und die Innovation am Markt fördert.

74.

Wir nehmen mit Befriedigung die erfolgreiche Einführung des Human Frontier Science Program zur Kenntnis und geben der Hoffnung Ausdruck, daß es einen positiven Beitrag zur Förderung der wissenschaftlichen Erforschung des Lebens zum Wohle der ganzen Menschheit leisten wird.

Rauschgift

75.

Wir fordern alle Staaten dringend auf, dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen (Wiener Übereinkommen) beizutreten und es zu ratifizieren sowie Bestimmungen des Übereinkommens vorläufig anzuwenden.

76.

Wir begrüßen den Abschluß der Sondertagung der Vereinten Nationen über Drogen und fordern dringend dazu auf, die in dem auf dieser Tagung verabschiedeten Aktionsprogramm vorgesehenen Maßnahmen anzuwenden.

77.

Wir unterstützen die bei der vom Vereinigten Königreich einberufenen Ministerkonferenz über Drogen angenommene Erklärung, derzufolge Verminderung der Drogennachfrage in Politik und Praxis die gleiche Bedeutung beizumessen ist wie der Verminderung des illegalen Angebots. Die Industrieländer sollten größere Bemühungen zur Vorbeugung unternehmen und in anderen Ländern die Maßnahmen zur Verminderung der Nachfrage unterstützen.

78.

Wir stimmen dem Bericht der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“ (Financial Action Task Force – FATF) zu und ver-

pflichten unsere Länder, alle darin enthaltenen Empfehlungen unverzüglich in vollem Umfang umzusetzen. Wie auf der Maitagung der Finanzminister, die der Arbeitsgruppe angehören, vereinbart, sollte die Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“ unter dem Vorsitz Frankreichs für ein weiteres Jahr einberufen werden, um die Umsetzung dieser Empfehlungen zu bewerten und zu erleichtern und sie gegebenenfalls zu ergänzen. Alle OECD-Länder und Länder mit Finanzzentren, die die Empfehlungen der Arbeitsgruppe angenommen haben, sollten zur Teilnahme an diesem Vorhaben eingeladen werden. Der Bericht der neuen Arbeitsgruppe sollte vor unserem nächsten Treffen fertiggestellt werden. Wir fordern auch alle anderen Länder auf, sich an der Bekämpfung der Geldwäsche zu beteiligen und die Empfehlungen der FATF anzuwenden.

79.

Wirksame Verfahren sollten beschlossen werden, um sicherzustellen, daß chemische Vorprodukte und Grundstoffe nicht zur illegalen Drogenherstellung abgezweigt werden. Eine mit der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“ vergleichbare Arbeitsgruppe, der die Gipfelteilnehmer und andere Länder, die mit diesem Chemikalien Handel treiben, angehören und an der auch Vertreter der chemischen Industrie zu beteiligen wären, sollte sich zu diesem Zweck eingesetzt werden. Die Arbeitsgruppe sollte sich mit den Problemen im Zusammenhang mit Kokain, Heroin und synthetischen Drogen befassen und innerhalb eines Jahres Bericht erstatten.

80.

Wir unterstützen eine Strategie zur Bekämpfung des Kokainhandels, wie sie insbesondere in der Erklärung von Cartagena aufgezeigt ist. Wir erkennen an, daß es wichtig ist, alle in der Bekämpfung des Drogenschmuggels stark engagierten Länder, insbesondere Kolumbien, Peru und Bolivien, wirtschaftlich, rechtlich und auf andere Art zu unterstützen und zu beraten, wobei wir auch die Notwendigkeit erkennen, im Rahmen der Maßnahmen der Herstellerländer gegen den Rauschgiftschmuggel Beiträge zu leisten.

81.

Das Heroinproblem ist noch immer die größte Bedrohung in vielen Ländern, und zwar sowohl in Entwicklungsländern als auch in Industrieländern. Alle Länder sollten energische Maßnahmen zur Bekämpfung der Geißel Heroin ergreifen.

82.

Wir sollten einen informellen Rauschgiftkonsultationsmechanismus der Industrieländer, die aktiv innerstaatliche Rauschgiftbekämpfung praktizieren, unterstützen. Eine solche Gruppe könnte die Bemühungen um die Verminderung von Angebot und Nachfrage stärken und die internationale Zusammenarbeit verbessern.

83.

Wir begrüßen die gegenwärtige Überprüfung der Stellen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und fordern nachdrücklich, daß diese Überprüfung zu einer effizienteren Struktur führt.

Nächster Wirtschaftsgipfel

84.

Wir haben die Einladung von Premierministerin Thatcher angenommen, im Juli nächsten Jahres in London zusammenzutreffen.